



Aufruf von CIPRA International an die Verkehrs- und UmweltministerInnen

Gebt die Eurovignette frei!

Die Europäische Union hat den Green Deal ausgerufen, was in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen ein Umdenken erfordert. Doch es blockieren zwei Länder eine Einigung bei der Konkretisierung im wichtigen Verkehrsbereich: Deutschland und Italien. Sie verweigern sich der verbesserten Wegekostenrichtlinie (Eurovignette).

CIPRA appelliert an die europäischen Verkehrs- und UmweltministerInnen, im Speziellen in den Alpenländern, an ihrer Sitzung Anfang Dezember eine Einigung zu ermöglichen.

Unter dem EU-Vorsitz Deutschlands könnte aktuell eine sinnvoll gestärkte Novelle zur europäischen LKW-Maut auf den Weg gebracht werden, wenn diese Entscheidung nicht laufend vertagt würde. Ein beschlussreifes Papier liegt seit dem Frühjahr 2020 auf dem Tisch der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister, doch bereits zweimal wurde es von der Tagesordnung der EU-Verkehrsministerinnen und EU-Verkehrsminister genommen. Stattdessen wurde von Deutschland eine totale Mautreduktion für schadstoffärmere LKW ins Spiel gebracht, die sinnwidrig ist, da nicht-fossile Antriebe nur eine teilweise Entlastung bringen. Feinstaub und Lärm sowie verstopfte Straßen belasten die engen Alpentäler auch künftig, unabhängig von der Antriebsart. Bereits die in der Regelung vorgesehene Entlastung von 75% ist eigentlich zu hoch.

Zudem blockiert Italien die mögliche Erhebung von LKW-Mautzuschlägen von 50% für besonders verkehrsbelastete, sensible Regionen wie Alpentäler und städtische Agglomerationen. Diese Zuschläge sind jedoch zentral um eine Lenkungswirkung zur Verlagerung des Verkehrs zu erreichen, weg von der Strasse.

Das sind keine Nebensächlichkeiten, weiß man doch aus Untersuchungen entlang der Autobahnen, dass Kinder, die einer hohen Feinstaubkonzentrationen ausgesetzt sind, ein um 15–30 % erhöhtes Risiko haben, an Atemwegserkrankungen zu leiden¹. Auch der soeben fertig gestellte 8. Alpenzustandsbericht² der Alpenkonvention „Air Quality in the Alps“ belegt die Problematik der Luftbelastung durch die Verkehrsemissionen. Es gilt seinen Forderungen Folge zu leisten, welche die Verkehrsumlagerung auf die Schiene und die Einrechnung der Kosten aus Umwelt- und Gesundheitsbelastung in die Fahrzeugbesteuerung verlangen.

Mit Blick auf die Sitzung der EU-Verkehrsministerinnen und EU-Verkehrsminister vom 8. Dezember ist klar: Es muss jetzt endlich eine Entlastung vom Schwerverkehr zugunsten der

¹ Umweltbelastungen des alpenquerenden Güterverkehrs, Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU), 2016 (Seite 18): <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/luft/publikationen-studien/publikationen/umweltbelastungen-alpenquerenden-gueterverkehrs-2015.html>

² Eric Vindimian, Michel Pinet; Air Quality in the Alps, Eighth Report on the State of the Alps; Alpine Convention; Innsbruck 2020; Veröffentlichung nach dem XVI. Alpenkongress am 10. Dezember 2020 auf www.alpconv.org



leidgeprüften AlpenbewohnerInnen wie auch der BewohnerInnen der Agglomerationen und ihrer Umwelt erreicht werden.

CIPRA International richtet daher folgenden dringenden Appell an die Verkehrsminister und Verkehrsministerinnen der Alpenländer:

- **Die Wegekostenrichtlinie (Eurovignette) soll von Deutschland noch während seines Vorsitzes im Europäischen Rat unterstützt und zur Verabschiedung vorgelegt werden.**
- **Italien hat seinen Widerstand gegen die LKW-Mautzuschläge für empfindliche Räume aufzugeben.**